

R3b: Stopp dem Genozid in Gaza – Freiheit und Gerechtigkeit für die Palästinenser*innen!

*Unterstützer*innen: Jakub Walczak (JUSO Stadt Bern), Nada Scherer (JUSO Stadt Bern), Benjamin Guerne-Kieferndorf (JUSO Aargau), Jonas Mauduit (JUSO Bilingue), Vincenzo Sartori (GISO Ticino), Ada Sartori (GISO Ticino), Elisabetta Marchesini (JS Genève), Eda Akdemir (JUSO Zürcher Oberland), Lana Rosatti (JUSO Stadt Bern), Youri Zwahlen (JUSO Stadt Bern), Adrien Rastello (JUSO Genf), Yasmine Berrada (JUSO Genf), Elisa Pedrina (GISO Ticino), Aida Demaria (GISO Ticino), Loïc Ruspini (GISO Ticino), Silas Muggli (JUSO Zürcher Oberland), Mario Huber (JUSO Zug), Lennard End (JUSO Bilingue)*

غَزَّة (Gaza)

In den letzten Monaten hat die für Palästinenser*innen bereits untragbare Situation im durch Israel besetzten Gazastreifen ein genozidales Mass erreicht. Durch Angriffe israelischer Streitkräfte wurden laut dem OCHA seit dem 7. Oktober über 28'000 Menschen in Gaza getötet, mehr als 10'000 davon Kinder¹. Weitere 10'000 Menschen werden noch immer unter den Trümmern vermisst, mindestens 67'000 weitere wurden verletzt und fast die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens, die über zwei Millionen Palästinenser*innen beträgt, intern vertrieben. Doch wohin würden sie überhaupt zurückkehren? Über 60 % aller Wohneinheiten im Gazastreifen wurden zerstört oder beschädigt, sowie nahezu 80 % der Bildungsinfrastrukturen² und zahlreiche Gebets- und Kulturstätten. Das israelische Militär hat ausserdem einen Grossteil der lebenswichtigen medizinischen Infrastruktur in Gaza bombardiert.³ Die verschärfte israelische Kontrolle und Blockade der Grenzen des Gazastreifens verunmöglicht zu grössten Teilen die Lieferung von lebensnotwendigen Hilfsgütern wie Lebensmitteln, Wasser, Treibstoff und medizinischer Versorgung. Sechs bis zehn Mal mehr Hilfsgüter müssten eingelassen werden, um nur den minimalen Existenzbedarf abzudecken.⁴ Auch der Zugang für Journalist*innen ist stark eingeschränkt, und 133 Medienschaffende wurden bereits bei Angriffen des israelischen Militärs getötet.⁵ Damit wird der Aktionsplan der UN zur Sicherheit von Journalist*innen klar missachtet. Heute gibt es in Gaza keinen sicheren Ort mehr: Das israelische Militär bombardiert seit Beginn der Eskalation routinemässig Gebiete, die es für die Zivilbevölkerung des Gazastreifens als sicher eingestuft hat und wohin es sie zum Flüchten gezwungen hatte – so wie auch momentan in Rafah, der südlichsten Region des Gazastreifens, wo kein Ausweg mehr besteht.⁶

Doch schon Jahre zuvor warnten verschiedene juristische Expert*innenkommissionen vor einem Genozid, so auch wieder im Oktober 2023.⁷ Genozid beschreibt Verbrechen, die sich gegen eine Menschengruppe richtet und mit der Absicht begangen werden, diese ganz oder teilweise zu zerstören.⁸ Ende Jahr hat Südafrika beim Internationalen Gerichtshof gegen Israel eine Klage wegen Genozids eingereicht,⁹ woraufhin der IGH provisorische Massnahmen erlassen hat.¹⁰ Wir befürworten diese Entwicklung, denn die Aussagen israelischer Behörden sind unmissverständlich. Verteidigungsminister Jo'aw Galant etwa hat die Bewohner*innen des Gazastreifens als

¹ [Over 10,000 infants and children killed in Israel's Gaza genocide, hundreds of whom are trapped beneath debris \(euromedmonitor.org\)](https://www.euromedmonitor.org)

² <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-110>

³ <https://www.who.int/news/item/24-01-2024-who-and-partners-bring-fuel-to-al-shifa--as-remaining-hospitals-in-gaza-face-growing-threats>

⁴ <https://orientxxi.info/magazine/gaza-on-ampute-des-enfants-sans-anesthesie-c-est-ca-la-realite.7057>

⁵ <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-128> (beinhaltet Zahlen für den gesamten Abschnitt)

⁶ https://www.democracynow.org/2024/2/12/evacuation_from_rafah

⁷ <https://twailr.com/public-statement-scholars-warn-of-potential-genocide-in-gaza/>

⁸ <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2002/358/de>

⁹ <https://www.ici-cij.org/case/192>

¹⁰ <https://www.amnesty.ch/de/laender/naheer-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2024/israel-muss-igh-entscheid-nachkommen-und-voelkermord-in-gaza-verhindern>

"menschliche Tiere" bezeichnet¹¹, der israelische Staatspräsident Isaak Herzog sagte, auch die Zivilist*innen seien am Terror der Hamas beteiligt¹² und Nissim Vaturi, Vizepräsident des israelischen Parlaments, meinte, dass "Gaza brennen müsse" und die verbliebenen Menschen vernichtet werden müssten.¹³ Vor dem Hintergrund der unermesslichen Zerstörung und der Auslöschung palästinensischen Lebens, das dieselben Behörden in den letzten Monaten begangen bzw. befohlen haben, zeugen diese Äusserungen von der absichtlichen Entmenschlichung einer ganzen Bevölkerungsgruppe, um den durchgeführten Genozid zu legitimieren.

Einordnung der heutigen Situation

Die Gewalteskalation gegen Palästinenser*innen findet nicht nur im Gazastreifen statt und ist nicht neu. Schon 2022 war das tödlichste Jahr für Palästinenser*innen im Westjordanland seit über einem Jahrzehnt, nachdem mindestens 151 Menschen durch israelische Streitkräfte getötet wurden.¹⁴ Diese Zahl wurde 2023 bereits vor dem 7. Oktober überschritten, indem über 200 Palästinenser*innen im Westjordanland bis zu diesem Tag getötet wurden¹⁵. In den 4 Monaten seither steigt die Gewalt stetig an und weitere 384 Palästinenser*innen wurden getötet, darunter 97 Kinder.¹⁶ Der israelische Staat beschleunigt ebenfalls die Zerstörung von Häusern und die Errichtung von illegalen Siedlungen in Ostjerusalem und im Westjordanland. Seit 2006 wurden noch nie so viele Angriffe von Siedler*innen registriert wie in den letzten Monaten.¹⁷ Im August 2023 befanden sich ausserdem 1'264 Palästinenser*innen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in israelischer Gefangenschaft, die höchste Zahl seit drei Jahrzehnten.¹⁸ Die systematische Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung durch den israelischen Staat entspricht dem Verbrechen der Apartheid, wie unter anderen von Amnesty International¹⁹ und Human Rights Watch²⁰ dargelegt und in der JUSO-Resolution²¹ von 2022 beschrieben wird. Dieses Apartheidsystem bleibt weiterhin bestehen, dennoch hat sich die Lage seither massiv verschlechtert.

Als neuester Ausgangspunkt für die enorme Intensivierung israelischer Angriffe gilt der 7. Oktober 2023. An diesem Tag griffen von der Hamas angeführte palästinensische militante Gruppen zivile und militärische Einrichtungen im Süden Israels an. Im Rahmen dieser Angriffe wurden insgesamt 1 139 Israelis und ausländische Staatsangehörige getötet, darunter 766 Zivilist*innen, 36 davon Kinder. Mindestens weitere 5400 Menschen in Israel wurden verletzt.²² Zudem wurden um die 250 Menschen als Geiseln entführt, von denen sich noch immer etwa die Hälfte weiterhin in Gaza befindet.²³ Seitdem wurden für die Freilassung mancher Geiseln aus Gaza palästinensische Gefangene in Israel freigelassen, was von der Hamas als eines der Ziele der Geiselnahme angegeben wurde.²⁴

Obwohl die JUSO die Palästinenser*innen in ihrem Freiheitskampf unterstützt, legitimieren wir keine Gewalt an der Zivilbevölkerung und tolerieren keine Verharmlosung solcher Verbrechen. Auch die in Berichten beschriebene

11 <https://www.hrw.org/fr/news/2023/10/18/israel-le-blocus-illegal-de-gaza-des-effets-fatals-pour-des-enfants>

12 <https://www.itv.com/news/2023-10-13/israeli-president-says-gazans-could-have-risen-up-to-fight-hamas>

13 <https://www.jpost.com/israel-hamas-war/article-781618>

14 <https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/5670/2023/en/>

15 <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145132#:~:text=Prior%20to%207%20October%2C%20a,began%20recording%20casualties%20in%202005.>

16 <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-115>

17 <https://peacenow.org.il/en/unmatched-surge-in-settlement-activity-in-the-west-bank-since-the-onset-of-the-gaza-war>

18 <https://apnews.com/article/israel-detention-jails-palestinians-west-bank-793a3b2a1ce8439d08756da8c63e5435>

19 <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/5141/2022/en/>

20 <https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>

21 <https://juso.ch/de/positionspapiere/wir-verurteilen-die-systematische-unterdrueckung-der-palastinensischen-bevoelkerung-durch-den-israelischen-staat/>

22 https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/more-than-5400-people-in-israel-wounded-since-start-of-war-says-health-ministry/

23 <https://www.france24.com/en/live-news/20231215-israel-social-security-data-reveals-true-picture-of-oct-7-deaths>

24 <https://www.aljazeera.com/features/2023/10/11/analysis-why-did-hamas-attack-now-and-what-is-next>

sexualisierte Gewalt gegenüber israelischen Frauen²⁵ während der Angriffe vom 7. Oktober verurteilen wir zutiefst. Sexualisierte Gewalt und Folter, insbesondere gegen FINTA-Personen, werden in Kontexten von Krieg und kolonialer Besatzung oft systematisch angewendet und dienen gezielt der Einschüchterung, Demütigung und Vertreibung. So gibt es auch Dokumentation über die Anwendung sexualisierter Gewalt gegenüber palästinensischen Inhaftierten durch israelische Sicherheitskräfte, die aufs Schärfste verurteilt und aufgearbeitet werden muss.²⁶

Historische und koloniale Hintergründe

Die Ereignisse vom 7. Oktober geschahen nicht in einem Vakuum. Die Natur des israelischen Staates und seine Politik haben dafür die Bedingungen geschaffen²⁷, genau wie jeder koloniale und besetzende Akteur im Laufe der Geschichte. Daher ist es wichtig, den Angriff der Hamas in den historischen kolonialen Kontext Palästinas einzuordnen. Die JUSO kritisiert bereits in der Resolution von 2022 die durch Israel seit seiner Staatsgründung betriebene kolonialistische Politik, die "darauf abzielt, die demografische und wirtschaftliche Dominanz von jüdischen Israelis auf seinem Territorium zu sichern".²⁸

Schon vor der Entstehung Israels im Jahre 1948 war Palästina unter dem Mandat der Imperialmacht Grossbritannien, welche bereits durch die Balfour-Deklaration in 1917 den Zionismus aktiv unterstützte. Zentrale Figuren der zionistischen Bewegung, wie Theodor Herzl und Ze'ev Jabotinsky, verstanden die Erschaffung Israels klar auch als "koloniales Programm"²⁹, welchem sich die von ihnen als indigen bezeichneten Araber*innen widersetzen.³⁰ So basiert die Gründung Israels als ethno-nationalistischen jüdischen Staat auf der Nakba (*arab. Katastrophe*), der andauernden gewaltsamen Vertreibung, Enteignung und Auslöschung der palästinensischen Bevölkerung zusammen mit deren Gesellschaft, Kultur, Identität, politischen Rechten und nationalen Bestrebungen.^{31,32} Aktuell muss zudem die Bedeutung der USA hervorgehoben werden, die Israel seit Jahrzehnten bedingungslos unterstützen, insbesondere in Form von Milliarden an Militärgeldern jedes Jahr³³ und durch die Nutzung ihres Vetorechts im UN-Sicherheitsrat, um jegliche Massnahmen der Vereinten Nationen gegen Israel zu verhindern.³⁴

Aber nicht nur palästinensische Menschen werden durch den Zionismus unterdrückt, denn der Zionismus als politische Ideologie und Bewegung hat jüdische Menschen immer aufgrund ihrer Ethnie hierarchisiert und somit werden auch nicht alle jüdischen Menschen in Israel gleichermassen behandelt.³⁵ Die jüdische Opposition gegen den Zionismus hat sich auf vielfältige Weise gezeigt. Seit Theodor Herzl auf die Weltbühne trat wurde von antizionistischen Jüdinnen:Juden argumentiert, dass das Verlassen der Diaspora zugunsten eines kolonialistischen jüdischen Nationalstaates der falsche Weg ist, um Sicherheit zu gewährleisten und Antisemitismus zu bekämpfen.³⁶

25 <https://theintercept.com/2023/12/24/feminism-sexual-violence-hamas-israel/>

26 <https://www.amnesty.org/en/documents/mde15/5141/2022/en/>

27 <https://www.timesofisrael.com/for-years-netanyahu-propped-up-hamas-now-its-blown-up-in-our-faces/>

28 [Wir verurteilen die systematische Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung durch den israelischen Staat! - JUSO Schweiz](#)

29 <https://www.monde-diplomatique.fr/2022/09/GRESH/65084>

30 <https://en.jabotinsky.org/media/9747/the-iron-wall.pdf>

31 Khaldi, Rashid (2020). *The Hundred Years' War on Palestine: A History of Settler Colonialism and Resistance, 1917–2017*. Metropolitan Books .

32 [Seventy+ Years of Suffocation | Amnesty International](#)

33 <https://edition.cnn.com/2023/10/11/politics/presidents-israel-cnn/index.html>

34 <https://www.npr.org/2023/12/08/1218332312/israel-hamas-war-us-ceasefire-veto-un>

35 <https://www.jewishvoiceforpeace.org/resource/zionism/>

36 <https://www.jewishvoiceforpeace.org/2019/01/12/a-partial-history-of-jewish-alternatives/>

Wir unterstützen die Ansprüche von Jüdinnen:Juden auf Sicherheit und Frieden weltweit, vor allem angesichts den Schrecken des Holocausts, und sehen uns dabei als Europäer*innen in besonderer Verantwortung.

Schlussendlich können wir keine Ideologien oder Staatskonzepte unterstützen, die auf der Grundlage von Vertreibung, Enteignung sowie ethnischer oder religiöser Exklusivität und Vorherrschaft basieren und diese Systeme bis heute gewaltsam aufrechterhalten. Wir sind der Ansicht, dass die Aussichten auf Gleichberechtigung der Palästinenser*innen durch den Zionismus grundsätzlich untergraben werden. Die *Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus* unterscheidet wie auch die JUSO klar Antisemitismus von Antizionismus. Darauf beziehen wir uns, um "Regelungen zu unterstützen, die allen Bewohner*innen 'zwischen dem Fluss und dem Meer' volle Gleichberechtigung zugestehen, [...] in welcher Form auch immer." ³⁷

Palästinensischer Widerstand

Die Palästinenser*innen haben wie jede andere Bevölkerung unter kolonialer Besatzung und Apartheid das Recht, Widerstand zu leisten, einschliesslich des bewaffneten Kampfes. Dazu gehört jedoch keine Gewalt an der Zivilbevölkerung. ³⁸ Unsere Unterstützung des palästinensischen Widerstands ist nicht mit einer bedingungslosen Unterstützung aller palästinensischen Organisationen, einschliesslich der Hamas, gleichzusetzen.

Die Hamas ist eine 1987 gegründete islamistische, fundamentalistische Bewegung und politische Organisation, die den Gazastreifen seit den letzten Wahlen in 2006 intern verwaltet und ein reaktionäres und autoritäres politisches Programm propagiert. Die heutige Position als regierende Partei im Gazastreifen hat die Hamas nicht von einem Tag auf den anderen erreicht. Aufgrund der Passivität und Korruption der Fatah und einer fehlenden Alternative gewann die Hamas an Bedeutung. Dabei waren auch israelische Regierungen der Hamas behilflich, weil sie eine Spaltung der palästinensischen Befreiungsbewegung als eine Chance sahen, um die Stellung des israelischen Staates zu stärken. Seit dem Kampf um den Gazastreifen zwischen Fatah und Hamas in 2007, behielt die Hamas mit autoritären Mitteln die Kontrolle über den Gazastreifen. Während es breitere Unterstützung für den bewaffneten Widerstand ³⁹ palästinensischer Akteur*innen gegen die israelische Besatzung gibt, kritisiert die palästinensische Bevölkerung auch die schlechte Regierungsführung, die Methoden und Korruption der Hamas ⁴⁰.

Unsere Kritik an der Hamas darf jedoch nicht zulasten des Rechts der Palästinenser*innen auf antikolonialen Widerstand gehen. Im Diskurs über Widerstandsbewegungen müssen wir auch die lange und anhaltende koloniale und imperiale Geschichte der USA und der europäischen Staaten anerkennen, die den Unterdrückten jedes Recht auf Widerstand verweigern und diesen als Terrorismus bezeichnen, der gewaltsam niedergeschlagen werden müsste. Historisch hat sich klar gezeigt, dass es für den israelischen Staat nicht um die Art des palästinensischen Widerstandsaktes, ob friedlich oder bewaffnet, geht. Israel verfolgt die Strategie, dass jede Herausforderung der Besatzungs- und Kolonisierungsstrukturen unterdrückt werden muss. Seit Jahrzehnten haben linke Fraktionen der PLO, palästinensische Progressive und Demokrat*innen sowie Zivilist*innen ohne klare und erklärte Ideologie alle unter israelischer Unterdrückung gelitten. So z.B. bei den wöchentlichen, grösstenteils friedlichen Demonstrationen an der Grenze von Gaza zu Israel, bekannt als "the Great March of Return" in 2018/19, wobei 223 Palästinenser*innen getötet wurden. ⁴¹ Auch über die Grenzen des besetzten Palästina hinaus werden Solidarität mit dem palästinensischen Kampf und die Unterstützung der Kampagne „Boykott, Desinvestition und Sanktionen“ (BDS) in westlichen Staaten zunehmend kriminalisiert.

³⁷ https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok_.pdf

³⁸ <https://law4palestine.org/do-palestinians-have-the-right-to-resist-and-what-are-the-limits-short-article/>

³⁹ <https://pcpsr.org/en/node/961>

⁴⁰ <https://apnews.com/article/gaza-hamas-demonstration-israel-blockade-palestinians-306b19228f9dd21f1036386ce3709672>

⁴¹ <https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2018/10/gaza-great-march-of-return/>

Schweizer Kontext

Als JUSO verurteilen wir alle diskriminierenden Handlungen und Aussagen, ob antisemitisch oder antimuslimisch rassistisch und bedauern den Anstieg solcher Vorfälle auch in der Schweiz. Es ist wichtig, den steigenden Antisemitismus klar zu benennen, zu verurteilen, zu bekämpfen und einzuordnen. Dafür stützen wir uns auf die *Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus*.

Wir stellen uns klar gegen die Repression und Kriminalisierung (pro-)palästinensischer Stimmen und Kundgebungen, die oft mit pauschalen Antisemitismusvorwürfen und angeblicher Terror-Verherrlichung konfrontiert werden, was das rassistische Narrativ des "importierten Antisemitismus" verstärkt. Wir stellen uns zudem gegen die Kriminalisierung des von palästinensischen Aktivist*innen benutzten Slogan "From the river to the sea, Palestine will be free", der nicht wie behauptet für die Vertreibung jüdischer Menschen, sondern für die Befreiung von Palästinenser*innen steht. Es steht den Unterdrückten selbst zu, die Sprache des Widerstands gegen ihre Unterdrückung zu wählen. Diese erstreckt sich in diesem Fall vom Jordan bis zum Mittelmeer und es ist folglich schlüssig, dass die Befreiung der Palästinenser*innen in diesem Gebiet stattfinden muss. Während in vielen Medien der Genozid im Gazastreifen verharmlost wird und die Berichterstattung dazu nicht selten von Rassismus und Dehumanisierung geprägt ist, werden Gelder wie die für Baba News, welches wertvolle Arbeit in Bezug auf die Aufklärung und Sichtbarkeit vielfältiger Stimmen macht, gestrichen.⁴²

Die Schweiz ist ausserdem der viertgrösste Handelspartner Israels⁴³ und auch im militärischen Bereich bestehen zwischen den zwei Staaten Handelsbeziehungen. Zwischen 2015 und 2022 hat die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 3,5 Millionen CHF nach Israel exportiert⁴⁴ und dazu 6 Drohnen beim israelischen Waffenproduzent Elbit für 300 Millionen CHF gekauft⁴⁵. Das bedeutet konkret, dass die israelische Armee unter anderem schweizerische Waffen verwendet und vor allem, dass die Schweiz durch Waffengeschäfte den laufenden Genozid finanziert.

Mehrere Schweizer Städte zeigten sich nach dem 7. Oktober solidarisch mit Israel und den von der Hamas getöteten Zivilist*innen. Es fehlt jedoch weiterhin an vergleichbaren Solidaritätsbekundungen mit dem Leid der Palästinenser*innen. Das Aussendepartement der Schweiz geht sogar so weit, dass die geplanten Beiträge an die UNRWA aufgrund von noch nicht bestätigten Anschuldigungen durch die israelische Regierung bis auf Weiteres ausgesetzt werden.⁴⁶ Auch Politiker*innen und der Bundesrat sprechen weiterhin vom Recht Israels auf Selbstverteidigung. Es muss klargestellt werden, dass die israelischen Angriffe nicht als vom Völkerrecht anerkannte Selbstverteidigung angesehen werden können, da diese verhältnismässig sein muss und nicht präventiv sein darf.⁴⁷ Zudem bezieht sich dabei das internationale Recht bei Selbstverteidigung auf zwischenstaatliche Verhältnisse, also nicht auf besetzte Gebiete wie Gaza.⁴⁸

Um dem andauernden Genozid an den Palästinenser*innen und besonders der Eskalation im Gazastreifen sofort ein Ende zu setzen, fordern wir:

42 <https://www.hauptstadt.be/a/wir-bereuen-nichts-babanews>

43 <https://elbitsystems.com/pr-new/elbit-systems-establishes-a-company-in-switzerland/>

44 https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/ungskontrolle-und-ruestungskontrollpolitik

45 <https://www.rts.ch/info/suisse/14570124-nouveau-retard-de-livraison-pour-les-drones-israeliens-ads15-a-larmee-suisse.html>

46 <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2024/staaten-muessen-suspendierung-der-unrwa-gelder-rueckqaengig-machen> ; <https://www.haaretz.com/israel-news/2024-02-07/ty-article/unproven-allegations-u-k-channel-4-slams-israels-charge-against-unrwa/0000018d-837c-d636-adeb-cfe76790000>

47 <https://www.iurist.org/commentary/2023/12/7-10-the-question-of-israels-right-to-self-defense-under-international-law/>

48 [Does Israel have the right to self-defence in Gaza? | Israel War on Gaza News | Al Jazeera](https://www.aljazeera.com/news/2024/1/10/does-israel-have-the-right-to-self-defence-in-gaza)

- Einen sofortigen, dauerhaften und endgültigen Waffenstillstand.
- Die vollständige Aufhebung der Blockade um den Gazastreifen.
- Die Wiedereinsetzung und Erhöhung der internationalen humanitären Hilfe, die in den Gazastreifen geschickt wird.
- Die Freilassung der in Israel ungerecht inhaftierten palästinensischen Gefangenen sowie der aus Israel nach Gaza entführten Geiseln.
- Ein Ende der milliardenschweren Waffenlieferungen nach Israel durch die USA und alle weiteren Staaten und ein Stopp der ständigen Veto-Politik im UNO-Sicherheitsrat.

Auch die Schweiz muss ihre Verantwortung gegenüber den Palästinenser*innen wahrnehmen. Wir fordern daher:

- Einen sofortigen Stopp aller Waffenexporte aus der Schweiz nach Israel und die Beendigung aller militärischen und geschäftlichen Beziehungen mit der israelischen Regierung.
- Wirtschaftliche Sanktionen für Israel und vornehmlich auch Unternehmen, die in die Umsetzung der Siedlungspolitik verwickelt sind.
- Die offene Unterstützung der von Südafrika beim ICJ eingereichten Klage gegen Israel.
- Aktive Arbeit der Schweizer Delegation im Sicherheitsrat, damit die UNO ihre Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte und des Völkerrechts wahrnimmt.

Wir solidarisieren uns mit dem Kampf der Palästinenser*innen für Freiheit und Gerechtigkeit und zudem mit allen, die in der Region und international gegen die unterdrückerischen und menschenfeindlichen Regierungen und den Imperialismus westlicher Staaten ankämpfen und sich für Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen einsetzen, losgelöst von deren Nationalität, Religion oder *race*.

Wir fordern daher auch:

- Alle Staaten, insbesondere die europäischen und nordamerikanischen, dazu auf, ihre bedingungslose politische und wirtschaftliche Unterstützung der israelischen Regierung sofort einzustellen.
- Die Reaktivierung des UN-Ausschusses gegen Apartheid und Verfolgung.⁴⁹
- Respektierung, Schutz und Förderung des Rechts palästinensischer Geflüchteten auf Rückkehr in ihre Häuser und Grundstücke, wie in der UN-Resolution 194 festgelegt.⁵⁰
- Die Anerkennung und Aufarbeitung des Siedlungskolonialismus Israels.
- Den gezielten Boykott von Waren und Dienstleistungen aus den israelischen Siedlungen in den besetzten

⁴⁹ [A Threshold Crossed: Israeli Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution | HRW](#)

⁵⁰ <https://www.unrwa.org/content/resolution-194>

Gebieten und jener Unternehmen – ob israelisch oder nicht – welche an der Umsetzung dieser Politik mitwirken.⁵¹

Zurück zum Status Quo ist keine Option. Es braucht einen permanenten Waffenstillstand, ein Ende der Apartheid und des Siedlungskolonialismus und die Aussicht auf echte Gerechtigkeit. Sonst bedeutet die liberale Forderung nach Frieden und Versöhnung, welche palästinensischem Widerstand oft entgegengebracht wird, nichts anderes als eine Forderung nach Unterwerfung⁵². Das Ende der Unterdrückung ist nicht nur wünschenswert, es ist möglich. Gemeinsam für ein freies Palästina.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnen zugunsten von R3a.

Die Geschäftsleitung empfiehlt R3b zugunsten von R3a abzulehnen. Die Gegenresolution R3b bringt zwar einige spannende Punkte auf, die durch die ursprüngliche Resolution R3a nicht abgedeckt sind, insgesamt verfehlt R3b aber die komplexe Situation angemessen zu beleuchten.

Historische Auslegungen sind grundsätzlich begrüssenswert, die Hintergründe zur Entwicklung der Hamas sind interessant und die teilweise ausführliche Zionismus-Kritik beleuchtet ein durchaus relevantes Themenfeld, am Ende bleibt R3b aber bei einigen Spotlights des historischen Hintergrundes und blendet andere Punkte, die den relevanten Kontext schaffen würden, komplett aus. So wird die Verandelung der iranischen Regierung mit und deren finanzielle Unterstützung der Hamas beispielsweise nicht mehr genannt, obwohl damit für unsere Analyse wichtige Anknüpfungspunkte an andere aktuelle Entwicklungen geschaffen werden können und müssen, gegen welche wir in den vergangenen Monaten und Jahren ebenfalls gekämpft haben, konkret den Kampf gegen das iranische Regime, welchen wir unterstützen. Die USA als Israel-Verbündete hingegen werden (berechtigt) mehrfach kritisiert.

Die Resolution R3b scheint den Anspruch zu haben, den Kontext der aktuellen Situation ausführlich zu erklären. Dies scheint aber auf den zweiten Blick nicht wirklich zu gelingen. Durch die gewählte Reihenfolge der aufgeführten Punkte scheint R3b vermutlich unbeabsichtigt Geschehnisse wie den 7. Oktober und die Taten der Hamas insgesamt zu relativieren. So kann beispielsweise die Formulierung, dass die Politik des israelischen Staates die Bedingungen für die "Ereignisse vom 7. Oktober" geschaffen habe, so verstanden werden, dass die gesamte Verantwortung für die Kriegsverbrechen an der israelischen Zivilbevölkerung von der Hamas weggeschoben würde. Beim Lesen dieser Resolution kann es dadurch zu Missverständnissen kommen, was unbedingt vermieden werden sollte.

Für Resolutionen sind schlussendlich vor allem die Forderungen zentral und auch hier ist R3a gegenüber R3b vorzuziehen. So werden die im Text angesprochenen Themen von R3a auch in den Forderungen konsequent aufgenommen. In R3b hingegen bleiben einige angesprochene Themen einfach unerwähnt, insbesondere der Umgang mit der Hamas. Als Geschäftsleitung ist es uns wichtig, nicht nur aufzuzeigen, dass wir die Hamas als Organisation ideologisch ablehnen, sondern auch aufzuzeigen, wie der Hamas und ihren ultrakonservativen, fundamentalistischen und antidemokratischen Verbündeten entgegengetreten werden kann. Im Gegenzug wird in R3b mit der Forderung nach dem Rückkehrrecht von Palästinenser*innen etwas eingebracht, was vorher im

⁵¹ <https://bdsmovement.net/call> ; Resolution der SP-Fraktion Naher-Osten (sp-ps.ch) 2010

⁵² <https://juedischantikolonial.wordpress.com/>

Resolutionstext nicht vorkommt. Dabei wäre eine Kontextualisierung und Erklärung einer UN-Resolution von 1948 wichtig.

Ausserdem scheint der Umgang mit Boykott und Sanktionen in R3b von JUSO-Positionen in anderen Konflikten abzuweichen. Boykotte und Sanktionen können ein effektives Mittel sein, um internationalen Druck auszuüben, sie dürfen jedoch nicht die Falschen treffen. So steht die Geschäftsleitung Boykotten und Sanktionen gegen die breite Bevölkerung seit jeher skeptisch gegenüber. Dies entspricht auch der bisherigen JUSO-Haltung im Ukrainekrieg, wo wir uns als Partei immer für Sanktionen gegen die russische Oligarchie stark gemacht haben, um zu vermeiden, dass die Zivilbevölkerung noch stärker unter der Politik der Herrschenden leidet. Der Geschäftsleitung scheint es willkürlich, im Fall Israel/Palästina andere Massstäbe zu verwenden.

Auch wenn die GL mit den Verfasser*innen der Resolution natürlich einig ist, dass Antisemitismus in jedem Land auf dieser Welt bekämpft werden muss, ist gleichzeitig wichtig zu anerkennen, welche Bedeutung der israelische Staat für das jüdische Leben einnimmt. Es ist klar, dass Israel und jüdisches Leben nicht gleichgesetzt werden können und dürfen. Dass Israel aber zumindest als Symbol untrennbar mit der jüdischen Weltgeschichte verknüpft ist, muss anerkannt und berücksichtigt werden. Für viele Jüdinnen:Juden steht der Staat Israel auch heute noch als Versprechen für eine "letzte Sicherheit", falls die Vertreibung von Jüdinnen:Juden wieder zunehmen sollte. Dies zu anerkennen muss nicht bedeuten, dass man damit die Unterdrückung und das Leid gegenüber Palästinenser*innen legitimiert. Die Resolution R3b schafft dies aber auch so nicht ausreichend.

Schlussendlich wird die Resolution R3b ihrem Anspruch auf umfassende Analyse und Kontext auch bei der Perspektive nach vorne nicht gerecht. Wenn unter anderem ausführlich der Antizionismus (und damit die Geschichte Israels) diskutiert wird, bräuchte es auch eine Skizze davon, wie eine politische Lösung für die Situation aussehen würde, die Freiheit und gerechten Frieden für alle garantiert. Die Geschäftsleitung hat in der Resolution R3a aktiv darauf verzichtet. Es ist für die GL jedoch wichtig, zu anerkennen, dass ein Prozess der Versöhnung und Restauration für den politische Prozess zentral ist, weshalb in der Resolution R3a das Konzept der 'Transitional Justice' explizit festgeschrieben wird.

Für eine der Situation angemessen differenzierte Resolution mit konsequenten Forderungen empfehlen wir die Ablehnung von R3b zugunsten R3a.